

29.03.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Städtepartnerschaften mit türkischen Kommunen – Ein wichtiger Beitrag im Rahmen der „Urban Diplomacy“

I. Ausgangslage

In Deutschland leben rund drei Millionen Menschen mit familiären Wurzeln aus der Türkei. In Nordrhein-Westfalen stellt die Gruppe der türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürger mit mehr als 900.000 die mit Abstand größte Gruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte dar. Daraus ergeben sich Herausforderungen, aber auch Chancen für unser Land. Ziel der nordrhein-westfälischen Migrations- und Integrationspolitik ist es, den seit langem bestehenden parteiübergreifenden integrationspolitischen Konsens für ein modernes und selbstbewusstes Einwanderungsland Nordrhein-Westfalen zu stabilisieren, Migration und Integration miteinander zu verknüpfen und die Potentiale der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auch als solche zu begreifen, wertzuschätzen und zu nutzen.

Die zahlenmäßig große türkeistämmige Community in unserem Land hat eine nicht zu unterschätzende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung, und das sowohl in Nordrhein-Westfalen, als auch für die Türkei. Das Land Nordrhein-Westfalen besitzt zudem seit Jahrzehnten eine, wenn nicht sogar die zentrale Bedeutung im deutsch-türkischen Miteinander und für die deutsch-türkischen Beziehungen. Erkennen kann man das unter anderem daran,

- dass es in Nordrhein-Westfalen vier Generalkonsulate der Türkischen Republik gibt,
- dass die Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer (TD-IHK), heute mit Sitz in Berlin, 2003 in Köln gegründet wurde,
- dass die Industrie- und Handelskammer Köln den Länderschwerpunkt Türkei betreut,
- dass das Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung in Essen als Modellprojekt bereits 1985 gegründet wurde und seit 2001 eine Landesstiftung ist,
- dass es seit 20 Jahren eine Parlamentariergruppe NRW-Türkei im Landtag gibt.

Auch wenn der Landtag keine außenpolitische Zuständigkeit besitzt, haben das fachliche Know-how, die kultursensible Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft sowie die im Ton verbindlichen, in den politischen Aussagen aber stets eindeutigen und klaren Positionierungen für eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Türkei dazu geführt, dass die Parlamentariergruppe NRW-Türkei in der sehr heterogenen türkeistämmigen Community hohes Ansehen genießt. Eine Situation, die - gerade im Kontext angespannter deutsch-türkischer Beziehungen - nicht selbstverständlich ist.

Das deutsch-türkische Anwerbeabkommen

Im vergangenen Jahr wurde mit vielfältigen Veranstaltungen an das 60. Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens erinnert. Dabei ging es vielfach um die Würdigung und Anerkennung der Lebensleistung gerade der ersten Einwanderer-Generation, die zwar als Arbeitskräfte gerufen wurden, die aber als Menschen geblieben sind, in Nordrhein-Westfalen eine neue Heimat gefunden, Familien gegründet oder nachgeholt haben.

Im Mittelpunkt dieser Veranstaltungen stand, neben dem Ausdruck von Wertschätzung und dem Rückblick auf die 60er und 70er Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts, zugleich auch die kritische Aufarbeitung integrationspolitischer Versäumnisse oder Fehleinschätzungen bzw. Fehlentscheidungen im Hinblick auf die Integration der temporär oder auf Dauer bleibenden Mitbürgerinnen und Mitbürger türkischer Herkunft. Als politischer Auftrag wurde in fast allen Veranstaltungen formuliert, dass die Aufgabe im 21. Jahrhundert sei, aus den integrationspolitischen Fehlern der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu lernen.

Deshalb sind die Ziele und Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag der regierungstragenden Parteien im Bund beschrieben sind, u.a. ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und ein erleichtertes Verfahren zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit für die erste Einwanderer-Generation, folgerichtig und notwendig. Aber auch das können nur erste Schritte sein, denen weitere folgen müssen.

Städtepartnerschaften und „Urban Diplomacy“

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind spätestens seit dem niedergeschlagenen Militärputsch im Jahr 2016 in einem starken Maße durch die innen- und außenpolitischen Ereignisse und Entwicklungen in der Türkei geprägt. Da, unabhängig von der Frage der Staatsangehörigkeit und des Geburtslandes, die persönliche Verbundenheit und die Identifikation der türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürgern mit der Türkei, oder auch mit dem türkischen Staatspräsidenten, signifikant hoch sind, wirken sich diplomatische und politische Spannungen im deutsch-türkischen bzw. im türkisch-deutschen Verhältnis auch stets auf das Zusammenleben in unseren Städten und Gemeinden aus. Daher war und ist das konkrete deutsch-türkische Miteinander auch bei uns in Nordrhein-Westfalen nicht zu jedem Zeitpunkt konflikt- oder spannungsfrei.

Seit vielen Jahren tragen Städtepartnerschaften zu einem guten gesellschaftlichen Miteinander, dem besseren persönlichen Kennenlernen und gegenseitigen Verständnis, dem Abbau von Vorurteilen, zur Integration und zur gesellschaftlichen Teilhabe, zum kulturellen und wirtschaftlichen Austausch, und letztlich auch zu einem demokratie- und friedensstabilisierenden Zusammenhalt bei. Nordrhein-Westfälische Städte und Gemeinden pflegen diese Form des kommunalen Miteinanders und Austauschs seit über 20 Jahren auch mit Kommunen in der Türkei.

Die konkreten Zahlen der Städtepartnerschaften mit türkischen Städten, oder im Falle von Istanbul mit Stadtbezirken, divergieren, da verfügbare Auflistungen lediglich auf freiwilligen Selbstauskünften der Städte und Gemeinden beruhen. Neben Städtefreundschaften und mehreren intensiveren Städtekontakten mit türkischen Städten gibt es nach Zählung der Auslandsgesellschaft.de e.V. in Nordrhein-Westfalen zurzeit 35 Städtepartnerschaften mit türkischen Kommunen. Damit findet man gut ein Drittel aller deutsch-türkischen Städtepartnerschaften in Nordrhein-Westfalen.

Städtepartnerschaften werden nach Beschluss des jeweiligen Stadtrates förmlich zwischen den beteiligten Stadtverwaltungen geschlossen. Getragen und mit Leben gefüllt werden sie aber von ehrenamtlich aktiven Städtepartnerschaftsvereinen. Die konkrete Ausgestaltung der Städtepartnerschaften hat dabei in den letzten Jahren eine erkennbare Weiterentwicklung erfahren. Sie besteht längst nicht mehr ausschließlich darin, „Land und Leute kennenzulernen“, sie bauen zunehmend dort Brücken, wo die offiziellen diplomatischen und politischen Beziehungen erschwert sind. Das gilt insbesondere für die bilateralen Beziehungen zur Türkei. Projektorientierte, kommunale Zusammenarbeit z.B. auf den Feldern der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Gesundheitswesens, der sozialen Arbeit, oder kommunaler Know-how-Transfer, sowie Weiterbildung, Qualifizierung und temporärer Personalaustausch stellen seit längerer Zeit die Anforderungen und Erwartungen an zeitgemäße Städtepartnerschaften dar.

Auf der Städtepartnerschaftskonferenz des Deutschen Städtetags im Sommer 2020 zur Intensivierung und Expansion der Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Städten, wurde festgestellt, „dass Städte in Deutschland und der Türkei vor vergleichbaren Herausforderungen stehen. Das betrifft etwa die Digitalisierung der Verwaltung und der Bürger-Services oder die Planung und Umsetzung neuer Mobilitätskonzepte für den Stadtverkehr. Deshalb wollen wir den Transfer von Projekterfahrungen stärken. Und der kommunale Austausch kann wertvolle Beiträge liefern für die gemeinsame Umsetzung globaler Ziele zum Klimaschutz, zur nachhaltigen Stadtentwicklung oder zur Bewältigung der Corona-Pandemie.“

Damit wird die „neue und weiterentwickelte“ Dimension der Städtepartnerschaften deutlich beschrieben. Neben der ursprünglich eher personenbezogenen Motivation zur Pflege freundlicher Kontakte, dem Wunsch nach kulturellem Austausch und nach persönlichem und touristischem Kennenlernen des Partnerlandes, stehen heute projekt- und sachorientierte Motive im Mittelpunkt, die sich in themen- und politikfeldspezifischen Kooperationserwartungen äußern. Aktive Städtepartnerschaften stellen sich diesen Herausforderungen, entwickeln sich dynamisch weiter und erfinden sich ständig neu.

Die frühere Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Michelle Müntefering, hat ebenfalls im Jahr 2020 in einem Beitrag für den Städtetag davon gesprochen, dass Städte längst Akteure einer „Außenpolitik von unten“ seien. „Sie betreiben Zukunftsnetzwerke, die Erfahrungsaustausch und Innovation in unterschiedlichen Bereichen fördern. Sie bleiben dort präsent und aktiv, wo auf anderen politischen Ebenen diplomatische Beziehungen ins Stocken geraten.“ Dies gilt umso mehr, da Städte und Gemeinden unmittelbar von außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und Entwicklungen betroffen sind.

In diesem Sinne sind Städte Akteure der so genannten „Urban Diplomacy“, ein Fachbegriff, der sich auch im Zusammenhang mit der Bedeutung von Städtepartnerschaften immer stärker etabliert. Damit wird zugleich eine weitere wichtige Dimension sowie der gesellschaftliche und politische (Mehr-)Wert zeitgemäß ausgestalteter Städtepartnerschaften beschrieben.

Im Koalitionsvertrag des Bundes heißt es dazu, dass Beziehungen zwischen Städten gestärkt werden sollten, und „Urban Diplomacy“ ausgebaut werden solle. Dies gilt selbstverständlich auch im Hinblick auf die bestehenden Städtepartnerschaften nordrhein-westfälischer Kommunen mit türkischen Partnerstädten, und stellt eine perspektivische Aufgabe für den Landtag der 18. Wahlperiode und die zukünftige Landesregierung Nordrhein-Westfalens dar.

Das Leitbild der „Urban Diplomacy“ stellt aber zugleich den Anreiz und die Motivation für die Anbahnung und Begründung neuer Städtepartnerschaften von nordrhein-westfälischen Kommunen mit türkischen Städten dar. Bei erschwerten außenpolitischen

Rahmenbedingungen können kommunale Austauschformate Brücken der Begegnung bauen und Dialogfähigkeit und -bereitschaft aufrecht erhalten. „Urban Diplomacy“, auch über Städtepartnerschaften, kann damit zur Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen beitragen.

Gleichzeitig bietet sich „Urban Diplomacy“ als Leitidee an, um die Verbindung und Kooperation zwischen den weiterentwickelten Städtepartnerschaften, einem zeitgemäßen Schul- und Jugendaustausch und innovativen Begegnungsformaten, u.a. auch im Bereich der politischen Bildung oder der Erinnerungs- und Friedensarbeit, herzustellen, auszubauen und zu stärken. Eine engere Verzahnung bestehender Initiativen und Aktivitäten könnte ebenfalls zur Weiterentwicklung oder sogar Neubelebung bestehender Städtepartnerschaften beitragen. Zugleich würde die Arbeit der Städtepartnerschaften damit für jüngere Menschen begreifbar und auch für ein persönliches Engagement interessant werden.

Die Bedeutung von Schüler- und Jugendaustauschprogrammen, gerade in schwierigen und vorurteilsbehafteten Situationen, liegt auf der Hand. Um den deutsch-türkischen Jugendaustausch – mit dem Ziel des Abbaus von Vorurteilen und der Stärkung der Integration und des friedlichen Miteinanders – weiterzuentwickeln, sollte die in Nordrhein-Westfalen angesiedelte Deutsch-Türkische Jugendbrücke auf gesicherte finanzielle Füße gestellt werden.

Netzwerkstelle Städtepartnerschaften

Seit Anfang 2021 gibt es die Netzwerkstelle Städtepartnerschaften bei der Auslandsgesellschaft in Dortmund, die als Vernetzungsplattform zum Erfahrungs- und Wissensaustausch unter Praktiker*innen der Städtepartnerschaftsarbeit einlädt und diesen organisiert. Mit Hilfe der Netzwerkstelle werden Informationen und Erkenntnisse vermittelt, neue Wege und Formate der Städtepartnerschaftsarbeit erprobt und gleichzeitig passgenaue Lösungen zwischen traditionellen und bewährten Formen der Partnerschaften und den Möglichkeiten der digitalen Formate erarbeitet. Die Netzwerkstelle ist mittels Projektförderung des Landes bis Ende 2022 bei der Auslandsgesellschaft.de e.V. in Dortmund angesiedelt. In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt der Arbeit der Netzwerkstelle auf dem Partnerland Türkei. Bereits jetzt zeigen alle Erfahrungen, dass die Netzwerkstelle den lange geäußerten Wunsch der Städtepartnerschafts-Kommunen erfüllt, Vernetzung untereinander zu organisieren sowie den Erfahrungstransfer („Best Practice“) zu gewährleisten. Die begonnene Arbeit sollte fortgeführt und ausgebaut werden.

II. Der Landtag stellt mit Blick auf die Herausforderungen der 18. Wahlperiode fest

- Städtepartnerschaften mit türkischen Städten tragen im 21. Jahrhundert sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in der Türkei zur Stärkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Strukturen bei.
- Kommunale Partnerschaften bieten – im Sinne der „Urban Diplomacy“ – vor allem auch in Zeiten großer außenpolitischer Herausforderungen Brücken der Verständigung, des Austauschs und des Dialogs an, ohne selbst außenpolitisch tätig zu werden oder innenpolitische Fragen der Türkei zu berühren.
- Mit Blick auf die deutsch-türkischen Beziehungen und die gewachsenen intensiven und vielfältigen Kontakte zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei ist es das Ziel deutsch-türkische Städtepartnerschaften und ihre Arbeit zu fördern, ihre weitere Entwicklung auf Landesebene zu begleiten, und innerhalb der kommunalen Familie die Neugründung weiterer Städtepartnerschaften anzuregen.

- Städtepartnerschafts-Kommunen benötigen auf längere Sicht eine dauerhafte Vernetzungs-, Informations- und Austauschplattform, die innovative Weiterentwicklungen initiieren und begleiten kann.
- Der Schüler- und Jugendaustausch zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei ist von wichtiger Bedeutung, gerade mit Blick auf den Abbau von Vorurteilen, auf Integration, Völkerverständigung und modernes interkulturelles Lernen. Er ist zu unterstützen und zu fördern. Die Expertise der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar.
- Die vielfältigen und gewachsenen Kontakte und Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, sollten als landespolitische Aufgabe wahrgenommen, und im Sinne einer Kooperationspartnerschaft mit der Türkei auf eine weiterentwickelte landespolitische Basis gestellt werden.
- Eine Parlamentariergruppe NRW-Türkei ist auch für den 18. Landtag NRW von großer Bedeutung, insbesondere wenn sie – wie bisher – als Freundschaftsgruppe ganz im Sinne der „Urban Diplomacy“ hilft, Brücken der Begegnung zu bauen, Sprach- und Dialoglosigkeit zu verhindern, und sich eindeutig für eine Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in der Türkei ausspricht, ohne dabei außenpolitisch tätig zu werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Carina Gödecke

und Fraktion